

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 16.01.2015

Hermann Winkler fordert mehr Unterstützung für die Polizei

Angesichts der sich verschärfenden Sicherheitsproblematik in ganz Europa fordert der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler mehr Unterstützung für die Polizei auch durch die Europäische Union. Winkler sagte dazu: „Wir erleben derzeit in Europa eine dramatische Serie an Herausforderungen für die innere Sicherheit. Die Terroranschläge in Paris, die ausgehobene Terrorzelle in Belgien und eine ernstzunehmende Lage in Deutschland fordern ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Präsenz der Polizei. Hinzu kommen besonders in Sachsen die immer größer werdenden Demonstrationen sowie die anhaltende Problematik der Grenzriminalität und illegalen Einwanderung, welche die Polizei bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beanspruchen. Letztlich sind es die einzelnen Beamten, die unmittelbar mit den Auswirkungen der Sicherheitslage konfrontiert sind und zur Zielscheibe für verbale und körperliche Angriffe werden. Daher fordere ich ein Umdenken hin zu einer stärkeren Mitwirkung und Unterstützung der EU. Nur ein sicheres Europa ist auch ein wettbewerbsfähiges Europa.“

Konkret schlägt der Europaabgeordnete die kurzfristige Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Ausstattung und zur Bewältigung zusätzlicher Aufgaben vor. „Kommissionspräsident Juncker hat ein Investitionsprogramm über 300 Milliarden Euro aufgelegt, um Wachstum in Europa anzuregen. Voraussetzung für jegliches Wachstum ist aber zunächst Sicherheit, nicht zuletzt als Standortfaktor für Wirtschaft und auch Tourismus. Daher muss die Priorität jetzt auf Investitionen in eine verbesserte Sicherheitslage liegen. Durch zusätzliches Geld zur Beschaffung moderner Ausrüstung wie digital vernetzter Streifenwagen oder besserer Schutzkleidung für Polizeibeamte kann Europa zeitnah helfen. Zudem muss die EU ihre Kompetenzen in den Bereichen grenzübergreifender Kriminalität und Internetkriminalität ausbauen, um die Mitgliedstaaten bei diesen Aufgaben zu entlasten. Die dadurch frei werdenden Ressourcen der grundsätzlich für die innere Sicherheit zuständigen Bundes- und Landesebene müssen dagegen in eine ausreichende Personalausstattung fließen“, so Winkler abschließend.